

Morgen-Ausgabe. Saale-Zeitung.

Ständebürgerlicher Jahrgang.

Anzeigen
Anzeigen die Spaltenpreis des Saale-Zeitung mit 30 Pf., kleine auf 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Bekanntlich die Zeit 75 Pf. für Halle und umwärtig 1 M.
Ercheint täglich zweimal, Sonntag und Montags ausnahmslos.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigerstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
Die Halle überzählich bei postmässiger Bestellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., einsch. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterhalb eingehende Bestellungen wird kein Gebühr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1149; der Abonnementskassette Nr. 1133.

Nr. 193.

Halle a. S., Mittwoch, den 27. April.

1910.

Nicht über das Ziel schießen! (Ermahnungen eines Lokomotivführers.)

Der Eisenbahnunfall bei Mühlheim am Rhein hat, nachdem die traurige Katastrophe auch im Parlament besprochen worden ist, eine Reihe sach- und fachkundiger Forderungen veranlaßt, sich mit den allenfallsigen (bis jetzt immer noch nicht ganz geklärten) Ursachen des Unfalls zu beschäftigen. Für den Nichtfachmann ist es sehr schwer, die eine oder andere Anregung zu heissen oder abzulehnen; er muß sich hier schon auf das Urteil der erfahrenen Beamten verlassen, die tagaus, tagein Gelegenheit haben, am eigenen Leibe die Mängel zu verspüren, unter denen der Beamte oft genug zu leiden hat.

In Lokomotivführerkreisen schenkte man in den letzten Tagen einem Artikel Beachtung, der in einem Berliner Blatte, der „Tägl. Rundschau“, erschienen ist und in dem in einer auch dem Laien einleuchtenden Weise Mühlheim festgenagelt werden, deren Beteiligung durch den Herrn Eisenbahnminister gar nicht r a f j und gar nicht energisch g e n u g angedeutet werden kann. Es heißt in dem Artikel des oben zitierten Blattes:

Zu dem Kapitel der Beamtenparnis gehört auch noch eine weitere Frage, die neulich in einem Beamtenvereins-Organ besprochen wurde. Es ist dies das

Durchfahren der Lokomotiven und des Lokomotivpersonals über sehr lange Linien.

Es wird ein gewisser Sport damit getrieben, diese große leistungsfähige Lokomotiven zu bauen und jetzt auf lange Strecken durchlaufen zu lassen. So z. B. von Berlin über E h a l l e n a c h K a s s e l. (Also eine Strecke von — jagz und schreie — 380 Kilometer, und dazu noch nachweislich eine der belebtesten und verkehrsreichsten Linien mit äußerst hoher Zugfolge. Die Redaktion.)

Der Lokomotivführer des Expresszuges, der in Mühlheim auf den haltenden Militärzug aufsprang, stammte aus Osnabrück, er hatte also anscheinend den Zug von Osnabrück über Münster, Haltern, Rastatt, Oberhausen, Banne, Oberhausen, Duisburg, Düsseldorf, Mühlheim am Rhein nach Köln zu fahren; das sind weit über 200 Kilometer. Wenn man bedenkt, daß der Führer auf der Lokomotive die Bahnhofsstraße, die er befährt, genau kennen muß, daß er sich während der ganzen, fast vierstündigen Fahrt in jedem Augenblick darüber klar sein muß, wo er sich befindet, ob er sich einem Vorzeichen nähert usw., so wird jeder Laie sich sagen müssen, daß das eine Anspannung der Geisteskräfte des Mannes ist, die wohl kaum noch gesteigert werden kann. Ja, man ist verpflichtet, zu prüfen, ob eine solche Anspannung der Geisteskräfte, vielleicht auch der körperlichen Kraft und der Nerven eines Mannes überhaupt zulässig ist. Wenn es sich darum handelt, auf einer Bahnstrecke von vielleicht 100 bis 150 Kilometern in 4—5 Stunden oder auch länger einen Zug hin und zurück zu fahren, so ist das immerhin schon eine große Leistung. Aber der Führer kennt auf einer solchen Strecke jeden Bahnhof von innen und außen, auf der Bahnstrecke jeden Wechseleisen und vielleicht jeden Strauch am Bahndamm. Auf einer solchen Tour wird ein an sich zuverlässiger Mann wohl nie versagen. Er wird ein ebenso guter Laie sein, wie es der Laie ist, der ein großes Seeschiff durch seine kurze Kohlenstrecke auf einen Fluß führt.

Wenn aber der Führer auf der Lokomotive durch ein Gebiet fährt, welches ein solches Gemisch von Bahnhöfen und recht oft unübersichtlichen Signalen aller Art enthält, wie sie in den Industrieregionen vorkommen, dann ist ein Versagen aus eines an sich zuverlässigen Menschen wohl denkbar. Die Geistes- und vielleicht auch die physische Kraft eines solchen Mannes setzt einmal aus, und das schwerste Unglück ist da.

Man sollte darum ernstlich prüfen, ob man in dieser Richtung in den letzten Jahren nicht viel zu weit gegangen ist. Man wird vielleicht anführen, daß sie sich selbst solche großen Touren wünschten, daß sie sich danach drängen. Das mag sein. Es beweist aber nichts gegen unsere Annahme. Es beweist ein solches Drängen nur, daß der Lokomotivführer zum so mehr Geld verdient, je längere Strecken er durchfährt. Das reizt ihn natürlich, solchen Dienst zu suchen, er ist auch überzeugt, daß er den Dienst leisten kann, aber in Wirklichkeit kann es ganz anders mit seinem Können bestellt sein.

Den vorstehenden Abschnitt versteht der Lokomotivführer, der so freundlich war, uns diese Ausführungen zu übermitteln, mit folgender Randbemerkung, der wir nur zustimmen können:

Wenn auch das Drängen nach hohem Nebenbienenleistung menschlich begreiflich und entschuldbar scheint, so ist ein solches Tun trotzdem zu verurteilen, schon im Interesse des reisenden Publikums, welches sich nichtsahnend dem abgepannten und überangestregten Führer der Lokomotive anvertraut. Erstreckung ist die jüngere Generation des Lokomotivbeamtenstandes in punkto große Touren weit zurückgefallen wie es manchem älteren Beamte hielt, die über Gesundheitserfolg zu viel summiert. Wenn auch der Lokomotivführer selbst davon überzeugt ist, daß er den freiwillig übernommenen Dienst leisten kann, so kann es doch mit seinem physischen „Können“ in Wirklichkeit ganz anders bestellt sein.

Gerade dieser Fall bedarf der eingehendsten Untersuchung, und wenn die Staatsbahnenverwaltung es für richtig hält, daß die Lokomotiven auf so langen Strecken durchlaufen, so ist noch lange nicht gesagt, daß nun auch die Personale durchlaufen müssen, vor allen Dingen der Führer. Wenn die Anforderungen auf der Lokomotive von Osnabrück nach Köln für den Führer zu schwer sein sollten, so mag die Lokomotive ruhig durchlaufen, der Führer kann aber etwa in Banne oder Oberhausen wechseln; dann kann man wohl verlangen, daß der Führer die Bahnhöfe und die Bahnhofsstraßen zwischen Oberhausen und Osnabrück und der andere zwischen Oberhausen und Köln auf das allergenauere kennt, und daß er seine Sinne zusammenfaßt. Ob das aus von einem Führer verlangt werden kann, der die ganze Linie von Osnabrück bis Köln durch alle die schwierigen und komplizierten Bahnhöfe fährt, das scheint doch recht zweifelhaft.

Diese wenigen Auseinandersetzungen eines im praktischen Betriebe erfahrenen Beamten geben zu denken. Mit der recht verständlichen Ueberzeugung unserer Eisenbahnverwaltung von ihrer eigenen Tüchtigkeit und von der Vollkommenheit ihres technischen Apparates kommen wir nicht weiter. Es muß eine gründliche Prüfung auf allen, jedenfalls auf den Bahnhöfen mit starkem Zugverkehr stattfinden, und wo man Mängel findet, da muß man sie auch beseitigen, ohne Rücksicht auf die Mittel, die dazu notwendig sind. An Geld darf es den preussischen Staatsbahnen nicht fehlen, wenn es darauf ankommt, zum Sänge von Gesundheit und Leben der reisenden Mitmenschen und des Personals Verbesserungen im Eisenbahnbetriebe einzuführen.

Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 26. April, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. G l o w a k i t für gültig erklärt. Auch die Wahl des Abg. L a b r o i l e, Wahlkreis Saarburg, beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer (fortsch. Sp.)

widerspricht diesem Antrage. Die Kommission selber habe festgestellt, daß Labroke mit 3 Stimmen hinter der absoluten Mehrheit zurückgeblieben sei; schließlich wegen der „Wichtigkeit“, daß von den 10 für ungültig erklärten Stimmen, die vornehmlich den Wahlsprekzissen entfielen, doch noch 3 oder mehr vielleicht hätten für gültig erklärt werden müssen. Habe die Kommission sich für die Gültigkeit entschieden. Die Kommission scheint hier nach dem Grundsatze in dubio pro reo vorzugehen zu sein. Ein Abgeordneter sei aber doch kein Angeklagter. (Heiterkeit.) Er beantrage Rückverweisung an die Kommission.

Nach einer Entgegung des Referenten wird der Antrag Neumann-Hofer abgelehnt und die Wahl gegen die Stimmen der fortsh. Volksp. für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. K l e u e, Wahlkreis Wolfenbüttel, ntl., beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer (Sp.)

beantragt Rückverweisung, weil die Frage der amtlichen Kandidatur, die von der Kommission bejaht worden sei, noch nicht genug geklärt sei.

Abg. v. Derges (Sp.)

Eine amtliche Kandidatur liegt hier unter keinen Umständen vor. Wenn auch den Unterschriften von Beamten unter dem Wahlauftrag der Amtscharter beigefügt war, so hat sich doch dadurch sicher kein Verstoß und auch kein Sozialdemokrat beeinflusst lassen, für Klau zu stimmen. Ich empfehle daher den Antrag des Vorredners auf Rückverweisung.

Abg. Schwarze-Dippel (Ztr.)

verteidigt den Beschluß der Kommission.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.)

als Referent, stellt gegenüber Neumann-Hofer fest, daß jedenfalls der Bürgermeister von Schuppenstedt, einer der Unterzeichner des Wahlauftrags, sogar Polizeigewalt habe, schon das Fehlen der Beeinflussung zu einer amtlichen. Wollte man hier keine amtliche Wahlbeeinflussung voraussetzen, so werde das niemals möglich sein! Früher habe die Rechte einmal gegenüber einer gewissermaßen Kandidatur den Grundbesitz: amtliche Beeinflussungen müssen bestraft werden, auch wenn sie keinen Erfolg gehabt haben. Heute scheint man sich zu dem Grundsatze zu bekennen: amtliche Beeinflussungen bleiben unbestraft, weil sie Erfolg gehabt haben!

Abg. Heintze (ntl.)

Der Reichstag hat früher schon unter gleichartigen Umständen eine Wahlprüfung an die Kommission zurückverwiesen und damit betundet, daß er an solche amtlichen Wahlbeeinflussungen nicht glaubt.

An der Debatte beteiligen sich nochmals die Abg. Neumann-Hofer, Dahlen (Ztr., gegen die Gültigkeit), Fischer-Berlin, worauf der Antrag Neumann-Hofer auf Rückverweisung angenommen wird. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, vom Zentrum nur etwa die gute Hälfte, sowie vereinzelte fortschrittliche Volksparteiler, darunter Trager.

Es folgt die Wahlprüfung Ernst, Mühlhausen-Langensalza, konf. Die Kommission beantragt Ungültigkeit.

Abg. v. Brodhausen (konf.)

beantragt Gültigkeit. Die Kommission habe das Wahl-

reglement zu formell aufgestellt, wenn es eine Unzulässigkeit, die zur Käuflichkeit der Wahl führen müsse, schon darin erblickt habe, daß auf dem Tisch mit dem amtlichen Ausweis auch konfessionelle Stimmzettel gelegen hätten.

Obne jede weitere Debatte wird der Kommissionsantrag entgegen, die Wahl für gültig zu erklären. Dagegen stimmen nur Sozialdemokraten, fortsh. Volkspartei, Polen und ganz vereinzelte im Zentrum.

Die Wahl des Abg. M a y e r, Pfarrkirchen, Ztr., beantragt die Kommission ebenfalls für ungültig zu erklären. Und zwar im wesentlichen auf Grund von Verhören gegen das Wahlreglement (Nichtbetreten der Jolierzelle, Platzierung eines Gemeindeglieders in der Jolierzelle, usw.), die zur Käuflichkeit von Stimmzetteln führten, so daß dem Kandidaten 28 Stimmen an der Majorität fehlten.

Abg. Arendt (Sp.)

bittet, auf jene „harmlosen“ Verstöße nicht solches Gewicht zu legen, sondern die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer (Sp.)

Wenn der Gemeindeglied der ganze Wahlzeit über in der Jolierzelle saß, so daß nicht ein einziger Wähler in der Zelle unbeobachtet blieb, so ist das ein so schwerer Verstoß, daß wenn wir da nicht die Wahl fallen lassen, die ganze Wahlprüfung eine reine Komödie wird! (Rufe links: Sehr richtig!)

Abg. Speck (Ztr.)

Der Gemeindeglied hatte die irrende Meinung, sobald ein Wähler die Zelle betrat, sofort zum Fenster hinauszufliehen. (Stärm. Heiterkeit links.) Ich bitte Sie, der Mahnung des Vorredners, bei der Sache ernst zu bleiben, zu folgen! (Abg. Fischer-Berlin: Das ist schwer, das ist schwer! Ernste Heiterkeit links.) Durch jene Meinung ist jedenfalls das Wahlscheitern gemindert worden. Ich bitte Sie also, den Antrag Arendt anzunehmen.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.)

Ich will dem Vorredner den Gefallen tun, ernst zu bleiben. Aber wenn er sagt, der Gemeindeglied habe jedesmal zum Fenster hinausgesehen, dann hat man wohl gar den Gemeindeglied nur in der Jolierzelle gesehen, um darüber zu wachen, diener nur in der Jolierzelle? (Ernste große Heiterkeit.) Wir haben es heute schon zweimal erlebt, daß die bürgerlichen Parteien ihre Wahlprüfungskommissionen angehängen Mitglieder desanowitz haben. Und weshalb tun Sie das? Sie haben nach allem, was Sie auf sich geladen haben, schon vor Neumann-Hofer (Sehr richtig! links.) Daher die Ihre gegenwärtige „Verhörung zur Erhaltung würdiger Mandate“! (Leb. Beifall links.)

Abg. Brodhausen (konf.)

legt dar, daß ein Wahlsatz zu Unrecht von der Kommission kassiert sei und daß, wenn man das berücksichtige, für den Zentrumskandidaten noch immer eine Mehrheit bleibe. (Rufe weiter: Debatte, in der Abg. Arendt eine „Verabredung“ zur Aufhebung der Kommissionsbeschlüsse in Abrede stellt.)

Die Wahl M a y e r-Pfarrkirchen gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. R a p h e n g u t, West- und Ost-Sternberg, konf., beantragt die Kommission für ungültig zu erklären, wegen amtlicher Wahlbeeinflussung.

Abg. v. Derges (Sp.)

beantragt Gültigkeit. Die Wahl wird für gültig erklärt, ebenso die Wahl des Abg. S c h w a r z (Soz., Lübeck) und die Wahl des Abg. Dr. S t r u o e (Sp.)

Die Wahl des Abg. S p i n d l e r (Ztr., Pielitz) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Die Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) und Fischer (Soz.) sprechen für die Ungültigkeit.

Die Abg. S c h w a r z (Ztr.) und Dr. D a h l e m (Ztr.) treten für die Gültigkeit ein.

Die Wahl wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. W e l l (ntl., Hannover 14) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag B a l l e m a n n (ntl.) fordert Zurückverweisung.

Abg. Engelen (Ztr.)

Es handelt sich um die Einmischung der Kriegervereine. In denen die Kommissionsmehrheit eine Art behördlicher Einrichtung gesehen hat. Die Wahl muß für ungültig erklärt werden.

Abg. Arnold (konf.)

Die Kriegervereine sind von keiner Behörde abhängig. Sie können also auch in die Wahlbewegung eingreifen. Die Wähler hätten auch ohne die Kriegervereine national-liberal gewählt.

Abg. Goebel (wirtsch. Agg.)

Im Lande würde man es nicht begreifen, wenn man in den Kriegervereine eine Behörde erkläre würde.

Abg. Dr. Feinge (ntl.)

Die Kriegervereine sind private Vereine und können tun was sie wollen. Die behördliche Förderung macht sie nach lange nicht zu einer behördlichen Einrichtung.

Auf Antrag des Abg. G o e r d -H o l s t e i n (ntl.) wird zugleich die Wahl des Abg. S i e v e r s (ntl., Hannover 16), die gleichfalls wegen des Eingreifens der Kriegervereine für ungültig erklärt wurde, zur Debatte gestellt.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.)

Nach den heutigen Bestimmungen ist die Wahlprüfungskommission eine völlig innere und zweckwidrige Einrichtung, die mir mit irgend einer Arbeit nicht mehr betrauen dürfen. (Lachen rechts.) Ich werde für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. v. Derges (Sp.)

Die Kriegervereine sind private Vereine. Sie schließen nur solche Mitglieder aus, die bad Unglück haben, zur Sozialdemokratie zu gehören. Ich bin für die Gültigkeit.

Abg. Dr. Dohlem (Str.):

Die unerhörte Maßbestimmung durch die Kriegereine bei den letzten Wahlen kann nicht gutgeheißen werden.

Abg. v. Brockhausen (konf.):

Gerade im Interesse der Selbständigkeit der Kriegereine werden wir für die Gültigkeit der beiden Wahlen stimmen.

Abg. Fischer (Soz.):

Wir machen den Rechtsbruch der Majorität nicht mit. (Anruhe rechts.) Die Kriegereine sind die Prätorianer der jetzigen Regierung. Das ist deutsche Ränneurei. (Anruhe.) Die juristischen Ausführungen sollen nur dazu dienen, das politische Unrecht in dem Mantel der Gehässigkeit zu decken. (Anruhe rechts.)

Abg. Dr. Heine (ntl.):

Wer hat denn die ganze Kniffelerei in die Wahlen hineingebracht? Doch nur die Sozialdemokratie mit ihren formellen Beanstandungen.

Abg. v. Derhagen (Fr.):

Gegen die Bejahung der Kriegereine protestiere ich im Namen meiner Kameraden. (Beifall rechts, Hurraufe bei den Soz.) Ich danke für die Oratio. (Heiterkeit.)

Die Wahlen der Abg. Wehl (ntl.) und Siemers (ntl.) werden gegen die Sozialdemokraten und einen Teil des Zentrums für gültig erklärt.

Ebenfalls für gültig erklärt wird die Wahl des Abg. Wolf (ntl. — Friz 5), über die die Kommission Beweiserhebungen beantragt hatte.

Auch die Wahl des Abg. Hennig (konf. — Frankfurt a. D.) wird entgegen dem Antrage der Kommission für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abg. de Wende (Vöhringer) werden Beweiserhebungen beschlossen. Die Wahlen der Abg. Böhm (Soz.) und Eren (ntl.) werden für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Conze (ntl.) wird für gültig erklärt.

Abg. Werner (Refp.):

Das war heute ein sonderbares Schauspiel, was soll nach die ganze Wahlprüfungscommission? Man sollte sie auflösen. Wir hätten ein bloc abstimmen sollen, dann wären wir in 10 Minuten fertig gewesen. Das Ansehen des Reichstages wird dadurch nicht gefördert. Wir sollten es machen wie in England, wo die Wahlen in den ersten acht Tagen geprüft werden müssen.

Auch die Wahl des Abg. Eubers (Soz.), die ursprünglich nicht auf der Tagesordnung stand, wird für gültig erklärt. Mittwoch 2 Uhr: Dritte Lesungen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung am 26. April 1910.

Am Ministertische: v. Trott zu Solz, Neumann. Präsident v. Richter eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die zweite Lesung des

Kultusetats

wird beim Kapitel „Universitäten“ fortgesetzt.

Abg. Saarman (ntl.):

Befürwortet den Ausbau der Universitäts-Minister zu einer Volluniversität. Wenn der Minister das herbeiführt, habe er nicht nur Anspruch auf Erhaltung seines Namens am Godel des künftigen Schönding-Denkmal, sondern auf ein eigenes Denkmal vor der Universität. (Heiterkeit.)

Abg. v. Geisler (konf.):

fordert ebenfalls den Ausbau der Universitäts-Minister. Sie ist als junges Kind unter unseren Hochschulen nicht verwandt, sondern vielmehr als Altkind behandelt worden. Dabei hat sie ein Recht auf staatliche Förderung; ist doch der ihr gehörige, aus Stiftungen herrührende Studienfonds für Bonn verwandt worden. Ist denn Westfalen eine regio horribilis?

Die Abg. Schmieding (Str.) und Saarman (ntl., Altona) treten ebenfalls für Minister ein.

Ein Antrag der Budgetkommission, zum Ausbau der philosophischen Fakultät in Münster in den nächsten Etat erhebliche Mittel einzustellen, wird angenommen.

Beim Titel „Zufuß zu Berliner Charité“ weist ein Kommilitar des Finanzministeriums die in der Kommission lautgewordene Auffassung zurück, als gelte die Charité zu wenig.

Abg. Buiß (Str.):

fordert Anstellung eines hauptamtlichen katholischen Geistlichen an der Charité.

Abg. Saucermann (Str.):

tritt für Verbesserung des Winterpersonals der Charité ein. Kapitel „Höhere Lehranstalten“.

Abg. Sieber (konf.):

Staatsbürgerlicher Unterricht kann im Rahmen der bestehenden Anstalten erteilt werden. Die sexuelle Aufklärung erfolgt am besten in der Familie. Für den Erlaß gegen die Schul-Literatur sind wir dankbar. Der Versuch, die deutsche Jugend nach Weimar zu führen, ist erstrebenswerter gelungen. Ein gewisser Einfluß auf die Schule muß auch der Kommunalverwaltung zugehen, aber sie darf nicht in den inneren Schulbetrieb eingreifen.

Abg. Dr. Heß (Str.):

erklärt sich ebenfalls gegen eine Kompetenzverweiterung der städtischen Räte. Mißstände bezüglich der Haltung von Pensionären seitens der Oberlehrer werden von diesen selbst bekämpft.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Der Oberlehrerstand kann vollkommen beruhigt sein. Es wird ihm nicht zu nahe getreten werden. Dem Interesse der Oberlehrer wird bei der Instruktion über das Verhältnis der Räte zu den Schulen Rechnung getragen werden. Andererseits muß aber auch den Städten berenigende Einfluß eingeräumt werden, auf den sie mit vollem Recht Anspruch haben. Die Oberlehrer und Direktoren an den städtischen Schulen müssen verstehen, sich in ein richtiges Verhältnis zu den Patronaten zu stellen. Sie nehmen da in der Tat eine andere Stellung ein als die Oberlehrer an den städtischen Anstalten. Das ist aber durchaus erklärlich. Die Städte können das bei ihren großen Aufwendungen für die Schulen verlangen. (Beifall.)

Abg. Engelbrecht (ntl.):

tritt für umfassendere Umwandlung humanistischer Gymnasien in Reformgymnasien ein. Die Reformanstalten haben sich durchaus bewährt. Dem Schulrat muß mehr Beachtung geschenkt werden, notwendig ist eine weitere Förderung des Englischen, vielleicht auch des Russischen.

Abg. Dr. Hühmann (ntl.):

Seiner haben manche Kommunen den Beamten immer noch nicht die Gehaltsfrage von 1908 nachgeschickt. Viele haben es verjährt, sich darauf einzurichten. Praktisch wäre eine Statistik über den Zustand zu den einzelnen Bezirken, das wäre wertvoll für die Eltern bei der Berufswahl für die Söhne. Die humanistischen Gymnasien sollten möglichst zahlreich in Reformanstalten umgewandelt werden. (Zustimmung.) Die Gleichberechtigung der höheren Lehranstalten ist leider immer noch nicht durchgeführt. Der Spiel- und Turnunterricht muß weiter gefördert werden. Der wissenschaftliche Unterricht muß zu zusammengelegt werden, das Kinder noch zu Fußgänger in den Eltern Zeit finden. Heute trifft sich die männliche mit der weiblichen Jugend auf bestimmten Straßen. Das ist nicht die richtige Erholung im Freien. (Beifall.)

Weiterberatung: Mittwoch 10 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Antrag Erzberger von der Kommission abgelehnt.

Nach dreitägigen, ausgedehnten und zum Teil heftigen Debatten hat die Budgetkommission des Reichstages den Antrag Erzberger, durch den von den großen Landes- und Minnegeschäften in Südwästafrika eine einmalige Beileger von 81 Millionen Mark zur Deckung der Kriegskosten erhoben werden sollte, abgelehnt. Das Ziel unter milderen Bedingungen erreichen wollte. Angenommen wurde nur eine Resolution, mit deren Inhalt Staatssekretär Dernburg sich im wesentlichen einverstanden erklären konnte. Der neue Vertrag mit der Kolonialgesellschaft unterliegt nicht der Genehmigung der Kommission; er wurde von ihr nur zur Kenntnis genommen und wird nun zweifellos ausgeführt werden.

Ueber den Gang der Verhandlung wird wie folgt berichtet: Neu eingebracht wurde ein Antrag der Konserwativen, dahingehend, der Reichstagsler möge ermögen, ob und in welchem Umfange im Hinblick auf die neuere Entwicklung in den Kolonien eine Veränderung des Schutzgebietes, insbesondere der geltenden bergrechtlichen Bestimmungen, in die Wege zu setzen sei.

Staatssekretär Dernburg

erklärte, er habe nur ungern die Gutachten des Reichskultusministeriums veröffentlicht, aber es sei billig, daß die Öffentlichkeit auch seine Gründe und nicht nur die der anderen Herren erlaube. Dann vermaßte er sich gegen den Ausdruck des Abgeordneten Erzberger, daß die Beamten der Kolonie im Gegenfall zum Staatssekretär gefanden hätten. Bei der Heranziehung der vor dem Aufstand in Südwästafrika domizilierten Personen und Gesellschaften könne es sich nur um die großen Landgesellschaften

handeln, denn vor dem Aufstand seien nur Farmer im Lande gewesen, denen das Deutsche Reich nach dem Aufstand noch zehn Millionen Mark bewilligt habe, um den Wiederaufbau der Farmen zu ermöglichen. Er müsse sich durchaus gegen die Auserlegung von Kriegskosten auf das Schutzgebiet wenden; dies würde unannehmliche Schwierigkeiten mit den Südwästafrikanern bringen. Diese seien bereit, für die Rollen der Verwaltung aufzukommen, würden es aber als ungerecht empfinden, wenn ihnen die Rollen des Aufstandes auferlegt würden. Den fernst gemachten Vorschlag einer Wertzunahme für er hätte er nach den Bestimmungen im Schutzgebiet nicht für ausführbar. Der Kolonialgesellschaft für Südwästafrika seien niemals Hoheitsrechte übertragen worden.

Der Staatssekretär erörterte sodann die vorgelegten Resolutionen und ging auf den neuen Vertrag ein. Es sei zutreffend, daß durch die Sperre

die Schürfreibeit beseitigt

sei, die Schürfreibeit sei aber gefährlich. Daß die Sperre auf sei, hätten selbst die Überzügler anerkannt, sie beklagten sich nur darüber, daß nicht zu ihren Gunsten gesperrt sei. Der neue Vertrag mit der Diamantengesellschaft weise verschiedene Vorzüge gegenüber dem früher vorgelegten auf. Auch der zweite Teil des Vertrages, der dem Fiskus das umfangreichste Landgebiet der Kolonialgesellschaft übertrage, sei jetzt gültig für das Reich. Man habe früher verzögert verhandelt, diese Landflächen für den Fiskus zu erhalten. Damals seien sie allgemein für ein erhebliches Wertobjekt gehalten worden. Man könne sie jetzt, nachdem es gelungen sei, sie für den Fiskus zu erhalten, nicht auf einmal als wertloses Land bezeichnen, das ausschließlich in der Wüste liege.

Neue Anträge.

Inzwischen ist folgender weiterer Antrag der Konserwativen eingegegangen:

„Der Reichstagsler um Vorlage eines Gesetzes zu erfuchen, durch welches in dem Schutzgebiete Südwästafrika vor Ausbruch des dortigen Aufstandes domizilierte, leistungsfähige Personen und Gesellschaften zur Entlastung des deutschen Reichsfiskus herangezogen werden.“

Die Volkspartei beantragt:

- „die Verbündeten Regierungen zu erfuchen: 1. dem Reichstag eine Denkschrift über die Frage vorzulegen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang ein Schutzgebiet zur Deckung von Rollen durch direkte Besteuerung heranzuziehen ist, die aus den Reichsaufwänden in diesem Schutzgebiet erwachsen; 2. in den Etat für das Südwästafrikanische Schutzgebiet auf das Rechnungsjahr 1911 einen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Schutzgebietes entsprechenden Beitrag zu Vergütung und Mortifikation der aus Anleihenmitteln gedeckten Rollen einzustellen; 3. in Wege der Vereinbarung mit den in Frage kommenden Gesellschaften dahin zu wirken, daß dem Landesfiskus in Südwästafrika die Bergrechte und das Recht der Festsetzung und Erhebung von Bergrechten abzugeben — gegebenenfalls unter Gewährung angemessener Entschädigung bei Bergrecht auf mehrerworbene Rechte — gestiftet wird.“

Der Staatssekretär

erklärt den zweiten Antrag der Konserwativen für zu unbestimmt, dagegen den ersterwähnten Antrag für erwägens-

wert. Man müsse dem Landesrat ein bindendes Bestimmungsrecht geben und von den Rechten des Reichstages manches dort delegieren. Solche Veränderungen sind möglich. Der freisinnige Antrag sei in Nr. 1 und 2 annehmbar, jedoch in bezug auf letztere Nummer steht der Staatssekretär einen inwischen eingegangenen Antrag der Reichspartei und Nationalliberalen vor. Dieser Antrag erlaubt die Regierung, für das südwästafrikanische Schutzgebiet im Wege des Vertrages bezw. der Gesetzgebung herbeizuführen, daß

- 1. die früher vertriebenen etwa noch bei Dritten bestehenden Hoheitsrechte, notfalls gegen Entschädigung aufgehoben werden;
- 2. eine allgemeine Besteuerung des Einkommens ab dem Gebietes im Schutzgebiet unter Schöpfung des kleineren Besitzes und Erwerbes eingeführt wird;
- 3. die Verzinsung über die Ausübung des Bergrechts nach der Richtung einer Revision unterzogen wird, daß die Rechte und Pflichten der Schürfer und der Grundeigentümer abgegrenzt und sichergestellt werden.

Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei schlägt vor — und wird darin von einem Mitgliede der nationalliberalen Fraktion unterstützt — es sollten die in den einzelnen Anträgen und Resolutionen niedergelegten brauchbaren Vorschläge auf eine Resolution gebracht werden. Außerdem solle eine Denkschrift, welche Aufklärung über die ganze Materie zu schaffen geeignet ist, dem Reichstag vorgelegt werden.

Abg. Erzberger (Ztr.)

betont, daß die Klarheit über den Rezej nicht so deutlich sei, wie der Staatssekretär es behauptet. Im Gegenteil, die Verhältnisse seien keineswegs ganz einwandfrei gewesen, wohl aber habe die heutige Diskussion eine gewisse Klärung gebracht. Schürfreibeit müsse vorläufig für die Kolonisten bestehen bleiben, weil das Land nur dadurch zu einer geordneten Erziehung komme. Der Rejdner müßte, daß der Rejdner jetzt nicht abgeschlossen werde. Man solle warten, bis die angebotene Deputation aus Südwästafrika antomme. Verlorene gehe bis dahin nichts. Die Deutsche Kolonialgesellschaft selbst wolle doch auch zum Frieden mit den Südwästafrikanern kommen; das sei durch die persönlichen Verhandlungen möglich. Er empfiehlte aus gewissen Gründen ein neues besonderes Diamanten- bezw. Edelsteinbergrecht. Das stimme mit dem Gedanken von Nummer 3 des nationalliberal-freikonserwativen Antrages überein.

Es kommt zur

Abstimmung.

Die Anträge Erzberger und Latmann werden abgelehnt gegen die Stimmen des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung, desgleichen der sozialdemokratische Antrag.

Der Staatssekretär gibt eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Er sagt die vom Zentrum geforderten Gutachten zu, ebenso die Vorlegung einer Denkschrift über die Besteuerung im Sinne der freisinnigen Forderung, desgleichen die Revision des Berggesetzes. Die Schaffung eines besonderen Edelsteinberggesetzes sei ihm sympathisch. Die Resolution v. Richtigofen betreffend die Erhebung besonderer Kriegssteuern wird angenommen gegen die Stimmen der freikonserwativen und Nationalliberalen. Die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung über die zingende Mitwirkung des Reichstages und Bundesrats bei der Erteilung von Landes- und Bergamtskonzessionen wird mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Die Budgetkommission übernimmt keine Verantwortung für den Abschluß der Verhandlungen mit der Deutschen Kolonialgesellschaft; dies wird ausdrücklich festgestellt.

Dementi.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Berliner Korrespondent des „Standard“ will aus Hamburg vor der Höhe erfahren haben, daß im August eine Begegnung zwischen dem Kaiser und dem König Edward stattfinden werde. Wir bemerken hierzu, daß am Kaiserlichen Hoflager selbst von dieser Begegnung nichts bekannt ist.

Die Schiffsabgaben.

In der badischen Ersten Kammer wies der Minister des Innern Frhr. v. Boman darauf hin, daß in der Frage der Schiffsabgaben ein wesentliches Entgegenkommen der Bundesstaaten, besonders Preußens, festzustellen habe.

Die Leitung des Zweverbandes werde gelistet durch eine Verwaltungskommission, der ein Strombetrat zur Seite stehe. Im letzteren würden Handel und Industrie, die Landwirtschaft und die Hafenstädte vertreten sein. Es sei der Regierung gelungen, in der Verwaltungskommission das Stimmengewicht zu steigern. Auch Jolle Baden im Strombetrat mit acht Ansat mit vier Stimmen vertreten sein. Endgültige Beschlüsse seien allerdings noch nicht gefaßt. Die verbündeten Regierungen hätten ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß der Zweverband die Oberherrnregulierung in den Bereich seiner Aufgaben aufzunehmen habe, falls sich ihre Bauausführbarkeit und Wirtschaftlichkeit ergebe, vorausgesetzt, daß sich die Schweiz und Oesterreich ihren Interessen entsprechend beteiligen.

Drei Klassen von Assessoren?

Für die Ernennung von Assessoren zu Richtern soll vom preussischen Justizminister ein neues Verfahren beschlüsselt sein. Wie die „Allg. Volkstz.“ mittelt, sollen fortan die Assessoren je nach ihrer Bewährung im praktischen Dienst in drei Klassen eingeteilt werden. In Klasse A kommen die hervorragenden, in Klasse B die weniger guten, die sich aber noch über den Durchschnitt erheben, in Klasse C endlich alle diejenigen, die auf eine Anstellung nicht zu rechnen haben. In letzter Zeit soll bereits einer größeren Anzahl von Assessoren eröffnet worden sein, daß für sie keine Aussicht auf Anstellung bestehe. Die hagerliche Aufzuehmung ist der preussischen Bevölkerung vorzuziehen, indem sie nur die Kurialen, die die große Staatsprüfung mit dem Prädikat 1 oder 2 bestanden haben, zum Richteramt zulassen, die sogenannten „Dreier“

Provinzial-Nachrichten.

Kanalanlage.

Arbhamen, 26. April. Zur Durchführung der Kanalanlage...

Wom dem Gesamtbetrage der Obligationen...

Automobilunglück.

Leh, 26. April. Auf der Straße Wegan-Str. in der Nähe...

Bandung eines französischen Ballons.

Schwaga, 25. April. Ueber dem Dorfe Weissenhofel bei...

Der Ballon war nach Aussage der beiden Insassen aus Paris...

S. Meisberg, 26. April. (Die elektrische Bahn nach...

(?) Schöpsen, 25. April. (Eine interessante Natur-...

Glentzen, 26. April. (Von Tode des Erdkräfers...

H. Herberg, 26. April. (Junge Male). Der Fährere...

(Hilfereisen, 26. April. (Ein Pfälzermünze) wurde...

Wemmen, 25. April. (Der Aufsichtsrat der hiesigen...

Neuhaldensleben, 25. April. (Selbstmordversuch eines...

Quedlinburg, 25. April. (Verschwunden) ist seit Freitag...

Am Südring, 24. April. (Chanceler). Der Futterneid...

Dingelstedt, 25. April. (Wohnungsmangel). Die demnächst...

Calben, 25. April. (Selbstmord). Eine Frau, die kürzlich...

Wesau, 25. April. (Abgehangene Leiche). Heute wurde...

angeschmetzt. Wie gemeldet wird, hat die Kollisionsleistung...

Goltha, 25. April. (Der Deutsche Luftflottenverein)...

Hühningen, 25. April. (Die diesjährigen Wolllmärkte in...

Radolfshausen, 25. April. (Der diesjährige 27. R. S. C.)...

Gera (Neub), 26. April. Im Landtage batragen die...

Leipzig, 26. April. (Der Gesundheitsrat). In einem...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 207,90, Diskonto 186, Deutsche...

Am Kassamarkt notierten höher: Berl. Spediteurverein...

Zum Kurszettel. Berlin, 26. April. 4% Badische Staats...

Londoner Börse vom 26. April. Es notieren: Eng. Konsols...

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 26. April.

Table with columns: Adler-Kalk V.A., Geld, Brior, Ingo, Lüneburger, Guid, Brunt, Besenrode, etc.

Röhrensyndikat.

Wie uns mitgeteilt wird, findet anfangs Mai eine Sitzung...

Nach der Entwicklung, die die Verhältnisse in der Röhren...

Adler-Kalkwerke Akt.-Ges., Oberröhringen am See. Die...

Kalisyndikat G. m. b. H. Der Absatzwert des Kalisyndikats...

Gewerkschaft Helldringen I. Der Vorstand beruft eine...

teilhafte, das Bergwerk Walter mit ungefähr 20 Grubenfeldern...

Der Aufsichtsrat der Bank für die Residenzstadt Dresden...

Der Aufsichtsrat der Eisenbahn-Gesellschaft Max Jüdel...

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse 26. April. Am Frühmarkt notierten...

Magdeburg, 26. März. (Die Notierungen verstehen sich für...

Leipzig, 26. April. (Getreidemarkt) Weizen ruhig, Ostbalt...

Hamburg, 26. April. Röhrenkuxen. 1. Produkt, Bades 88%...

per April 14,37 1/2 14,40 14,42 1/2, etc.

Hamburg, 26. April. Good average Santos. per Mai

Bio de Janeiro, 26. April. Kaffee-Zutufhen 16,000 Sack in Bio...

Berlin, 26. April. Kartoffelmehl u. -Stärke 29,50-31,00. Feuchte...

Nordhausen, 26. April. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg...

Köln, 26. April. Rohöl loco 63,00, per Mai 62,50.

Hamburg, 26. April. Stadtschmalz 73,00, amer. Steam 63,50.

Bremen, 26. April. Baumwolle still. Upl. loco middl. 76,35 Pf.

London, 26. April. Ohit-Kupfer fest 69 1/2 3 Mon. 57 1/2.

New York, 26. April. Weizen p. Mai 119 1/2, Juli 118 1/2.

Chicago, 26. April. Weizen p. Mai 109 1/2, Juli 108 1/2.

Wien, 26. April. Weizen p. Mai 11,75, Juli 11,75.

Wasserstände. (+ bedeutet über, - unter Null)

Table with columns: Name und Ursprung, 26. April, +0,82, 26. April, +0,82, Fall/Wuchs.

Wittenberg, 26. April. +2,53 - 1 7, Roslar +2,02 - 1 1, etc.

